



Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

[Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom]

[meine Zeichen/meine Nachricht vom]  
*miwo*

Telefon / Mobil / E-Mail  
038371-55866 / 0177-2711688 / micspeed@web.de

Dienstag, 09. Oktober 2007

### **Offener Brief**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin e.V. i.G.“, die sich in Sorge um eine gedeihliche Entwicklung unserer Region gegründet hat, wendet sich Hilfe suchend an Sie. Bitte unterstützen Sie unsere Bemühungen, den Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin zu verhindern! Dazu hat uns nicht zuletzt Ihr mutiges, Streitbares und konsequentes Einsetzen auf europäischer und internationaler Ebene für eine Trendwende im Klimawandel ermutigt.

Ja, auch innerhalb der CDU haben Sie für klare Worte gesorgt. „Die Bewahrung der Schöpfung“, das ist es, was auch uns am Herzen liegt und worin wir uns Ihnen verbunden fühlen. Leider scheint es aber so, dass dies noch nicht bis in alle Gliederungen Ihrer Partei gedrungen ist. Selbst nicht in Ihrem Wahlkreis.

Spätestens seit dem 3. Energiegipfel ist klar, dass gerade in Deutschland konsequentes und vor allem zügiges Handeln zwingend erforderlich ist. Und wenn wir darüber hinaus den Schwellenländern temporär eine nachholende Industrialisierungsphase zugestehen, haben wir eine noch deutlich weitergehende Verantwortung für diese Welt. Die Ergebnisse der Koalitionsklausur in Meseberg sind gemessen an den bestehenden Notwendigkeiten eher bescheiden. Wir brauchen kraftvolle Instrumente! Nicht alles ist durch gute Förderpolitik zu erreichen. Einiges muss auch ganz einfach anforderungsgerecht gesetzlich neu geregelt werden.

Dazu ist ein Paradigmenwechsel dahingehend erforderlich, dass alles, aber auch alles auf den Prüfstand gehört, was Umwelt und Natur verbraucht. Für eine zielführende Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie müssen jetzt die Prioritäten so gesetzt werden, dass erstens die Ökologie und zweitens das Soziale erfüllt sind. Erst dann, und nur dann darf die Ökonomie überhaupt eine Rolle spielen.

Wenn wir eine solche Strategie nicht umgehend, umfassend und konsequent auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Zusammenlebens umsetzen, werden wir weder mittel- geschweige denn langfristig ökonomisch erfolgreich sein. Wenn wir immer noch Arbeitsplätze vordergründig ins Feld führen, um wider besseres Wissen lebensfeindliche Industrie genehmigen zu lassen; wenn wir die

Auseinandersetzung mit den mächtigen Industriekartellen bis zur letzten Konsequenz scheuen, dann werden wir durch unsere Bequemlichkeit an der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen mit schuldig.

Wir sind uns sicher, dass wir mit unserem Anliegen bei Ihnen offene Türen vorfinden und wenden uns gerade deshalb an Sie. Wir appellieren an Sie, ein Moratorium für Forschung und Entwicklung, sowie Investitionen jeder Art zu erlassen, die sich nicht der vorgenannten Strategie unterwerfen.

Für das Anliegen unserer Bürgerinitiative muss das bedeuten, dass bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ein nationales Klimaschutzprogramm vorliegt, das die selbst gesteckten Ziele auch erreichen lässt, kein neues Steinkohlekraftwerk mehr geplant und gebaut wird. Laufende Genehmigungsverfahren sind auszusetzen. Und lassen Sie sich dabei nicht auf lobbyistische Kompromisse ein. Sie, Frau Bundeskanzlerin, tragen in und für Deutschland diese große Verantwortung. Wenn Sie es wirklich wollen, dann haben Sie auch die Macht, mit Ihrer Richtlinienkompetenz die Weichen dafür zu stellen. Ein solches Zeichen wäre auch für Europa und die Welt ein erheblicher Glaubwürdigkeitsbonus.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Michael Woitacha  
**Vereinsvorsitzender**